



*Schritt*macher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

April 2018



Volksbegehren auf Erfolgskurs

➤ **Noch bevor die Initiative zur Einleitung eines Volksbegehrens für mehr Personal im Krankenhaus und gute Versorgung („Volksentscheid für gesunde Krankenhäuser“) ihre 20.000 Unterschriften für die Zulassung erreicht hat, kann das Bündnis schon jetzt Erfolge verbuchen.**

Der jahrelange Kampf - insbesondere der der Belegschaft an der Charité in den Tarifaueinandersetzungen des Personals mit den Krankenhausbetreibern - haben die öffentliche Meinung schon vorweg sensibilisiert. Nur sechs Wochen nach dem Beginn der Kampagne in Berlin startete in Hamburg eine ähnliche Initiative. Auch dort geht es um eine verbindliche Personalbemessung und Erhöhung der Investitionsmittel, die gesetzlich

verankert werden sollen. Das erklärte Ziel des Bündnisses: „Gesundheitsgefährdung beenden, Menschenwürde wiederherstellen - und zwar für PatientInnen als auch für das Pflegepersonal im Krankenhaus!“ Das Berliner Bündnis ist also nicht mehr allein. Die Regierungskoalition in Berlin ist aufgeschreckt. Knapp drei Wochen nach dem Start der Kampagne für den Berliner Volksentscheid startete der Berliner Senat eine Bundesratsinitiative. Mehr Personal in Kliniken und Pflegeheimen - so das Ziel der Bundesratsinitiative. Ein verbindlicher Pflegepersonalschlüssel soll die Krankenhäuser dazu bringen, mehr Personal einzustellen. Er soll für alle Pflegebereiche gelten. „Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass Kassen und Kliniken eine Personalmindestbesetzung

➔ **Fortsetzung auf Seite 2**



Der Neue

Mit der neuen Bundesregierung gibt es nun auch einen neuen Bundesgesundheitsminister - Jens Spahn. So neu ist der allerdings im Metier nicht. Der Vertreter des rechten Flügels der CDU war u.a. stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bereitete die Gesundheitsreform 2007 mit vor. Von 2009 bis 2015 war er Vorsitzender der Arbeitsgruppe Gesundheit und zugleich gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.

Doch seine ersten Äußerungen nach Amtsantritt zielten auf einen anderen Bereich. Frech und ohne falsche Sympathie für die Schwachen behauptete Spahn: „Hartz IV bedeutet nicht Armut, sondern ist die Antwort unserer Solidargemeinschaft auf Armut.“ Da weiß man doch gleich, wo der Hammer hängt.

Als es dann zum Thema Gesundheitspolitik kam, ließ er denn auch erkennen, dass mit ihm das Zwei-Klassen-Prinzip in der Gesundheitsversorgung bestehen bleibt. Anstelle fundamentaler Veränderungen wurde nur die Schaffung von Anreizen in Aussicht gestellt.



Therapeuten vor dem Streik ?

Bereits seit 2009 stellt die Charité Therapeuten nicht mehr direkt ein, sondern nur noch über ihre hundertprozentige Tochtergesellschaft, die Charité Physiotherapie und Präventionszentrum GmbH (CPPZ). Für die Ergotherapeuten, Physiotherapeuten, Sporttherapeuten und andere bedeutet das eine Entlohnung weit unter dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes. Etwa 200 Beschäftigte hat die CPPZ, 80 von ihnen haben noch einen Arbeitsvertrag mit der Charité, weil sie bereits vor 2009 bei der Charité beschäftigt waren. Sie werden an die CPPZ ausgeliehen. Im Betrieb selbst führt das zu der absurden Situation, dass für die gleiche Arbeit sehr unterschiedliche Gehälter gezahlt werden. Doch damit nicht genug, die Bezahlung unter Tarif führt dazu, dass Kollegen der CPPZ sich woanders eine neue Beschäftigung mit besserer Bezahlung suchen und auch finden - neue Kollegen müssen eingearbeitet werden. Dadurch steigt die Arbeitsbelastung für die verbliebenen Kollegen noch mehr. Der Betriebsrat der CPPZ will, dass die Verantwortlichen den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes abschließen. Sollte das auf dem Verhandlungsweg nicht klappen, bliebe immer noch die Möglichkeit des Arbeitskampfes. Die Bereitschaft zum Streik sei hoch. Auch die von der Charité an die CPPZ ausgeliehenen Therapeuten würden sich solidarisieren.

» Fortsetzung von Seite 1

sicherstellen, die erst gute Pflegequalität und bedarfsgerechte Versorgung ermöglicht“, sagte Gesundheitssektorin Dilek Kolat (SPD). Dem aufmerksamen Leser wird sich die Frage stellen, was denn den Berliner Senat daran hindert, genau dieses in den Berliner Krankenhäusern umzusetzen. Ende März machte sich der Bundsrat die Berliner Initiative zu eigen und fordert die Bundesregierung auf, verbindliche Mindestpersonalzahlen in allen Krankenstationen einführen zu lassen.

Die schnelle Reaktion des Berliner Senats ist nicht verwunderlich, denn bereits jetzt haben verschiedene Organisationen wie die Berliner Landesverbände der Gewerkschaften EVG und GEW und viele weitere Gruppen wie Stadtbezirksorganisationen der Linken oder die Berliner Landesorganisation der DKP ihre aktive Unterstützung für das Volksbegehren zugesagt. So sinnvoll eine bundesweite Regelung für Krankenhäuser auch wäre: Man kann von dieser Bundesregierung und einem früheren Pharmalobbyisten als Gesundheitsminister nicht erwarten, dass sie an einer bedarfsgerechten Versorgung in den Krankenhäusern interessiert sind. Wer wie die Große Koalition der Bundesregierung tönt, gerade mal 8.000 Pflegekräfte einzustellen - was je Pflegeeinrichtung nicht einmal eine ganze Stelle ausmachen würde - von dem ist keine wirkliche Besserung zu erwarten. Die Bundesratsinitiative des Berliner Senats muss also als reines Ablenkungsmanöver gewertet werden. Somit läuft alles drauf hinaus, den öffentlichen Druck auf das Land Berlin zu erhöhen und die Kampagne für den Volksentscheid zu einem Erfolg zu machen. Dafür müssen in der ersten Stufe mindestens 20.000 gültige Unterschriften gesammelt werden. Packen wir es an!

Unterschriftenlisten:

www.volksentscheid-gesunde-krankenhaeuser.de



GRUPPENTERMINE DER DKP-BERLIN

JETZT AKTIV WERDEN.
WIR FREUEN UNS AUF DICH.

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

Termin: Jeder zweite und vierte Dienstag im Monat
Beginn: 19.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, Friedrichshain, Raum 551
Kontakt: info@dkp-fhkb.de

LICHTENBERG/MARZAHN /HELLERSDORF

Termin: Jeder erste und dritte Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, Friedrichshain, Raum 551

PANKOW

Termin: Jeder zweite und vierte Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Schachcafé "En Passant", Schönhauser Allee 58

NEUKÖLLN

Termin: Jeder erste und dritte Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: Chile Freundschaftsgesellschaft, Jonasstraße 29, Neukölln

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Termin: Jeder zweite und vierte Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Café „Harmonie“, Leuthener Straße / Ecke Cheruskerstraße

TREPTOW-KÖPENICK

Termin: Jeder erste Donnerstag im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Ort: Der Veranstaltungsort wird auf Anfrage mitgeteilt:
treptow-koepenick@dkp-berlin.info

WEDDING

Termin: Jeder zweite und vierte Mittwoch im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Grüntalerstraße 13, 13357 Berlin

BETRIEBSAKTIV GESUNDHEIT

Termin: Jeder dritte Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, Friedrichshain, Raum 551



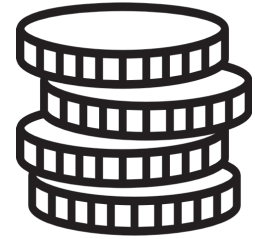
Erfolg im Saarland

🐾 **Die Streiks, Protestaktionen und anhaltende Aktionsbereitschaft der Pflegebeschäftigten zeigen erste Erfolge in saarländischen Kliniken. Die SHG-Klinik in Völklingen ist das erste Krankenhaus in der BRD, in dem nachts keine Pflegekraft mehr alleine arbeitet.**

Das ist der Inhalt einer Vereinbarung zwischen ver.di und der Geschäftsleitung der Saarland-Heilstätten GmbH. Nach Angaben von ver.di sind in der BRD fast zwei Drittel der Pflegekräfte nachts allein auf Station und betreuen im Durchschnitt 26 Patienten. Als erster Klinikbetreiber hat nun die SHG in einem ihrer Krankenhäuser garantiert, dass sich nachts mindestens zwei Pflegekräfte um die Patienten kümmern. Im Kreiskrankenhaus St. Ingbert hatten die Beschäftigten bereits Ende vergangenen Jahres der Klinikleitung ein Ultimatum gegen den Personalnotstand auf der Intensivstation gestellt. Sie forderten in der Früh-, Spät- und Nachtschicht mit einer 5-4-4-Besetzung zu arbeiten. Sollte dieser Personalmindestschlüssel für die Intensivstation ab dem 14. April nicht täglich garantiert werden, müssen Betten geschlossen und abgemeldet werden. Ansonsten wird von den dort Beschäftigten niemand mehr aus dem Frei in den Dienst kommen, niemand mehr eine planmäßige Überplanung akzeptieren, niemand mehr Kollegen

anrufen, um sie für einen Dienst zu gewinnen. Gleichzeitig forderten die Beschäftigten ihren Betriebsrat auf, die gesundheitsgefährdenden Dienstpläne abzulehnen und mit eindrucksvollen Aktionen hielten sie den Druck aufrecht. Die Pflegekräfte auf der Intensivstation z.B. trugen jeden Tag auf ihrem Kittel ein Schild mit dem Ablaufdatum des Ultimatums. Dies und eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit führten zu Zugeständnissen der Klinikleitung: Die 5-4-4-Besetzung wurde durchgesetzt, Neueinstellungen werden vorgenommen.

Auch in der katholischen Marienhausklinik in Ottweiler sind erste Erfolge sichtbar. Erstmals hat die Unternehmensleitung in einem Positionspapier einen Mehrbedarf von 630 Vollzeit-Pflegestellten errechnet. In Verhandlungen zwischen Mitarbeitervertretung und Geschäftsleitung wurden Verbesserungen erreicht: Auf den Stationen wird mittags zusätzliches Personal eingestellt, um bei der Medikamentenausgabe zu helfen und künftig ist es nicht mehr Aufgabe der Pflegekräfte, Patienten selbst zu Untersuchungen zu bringen. Das sind richtige Maßnahmen, lösen aber das Grundproblem nicht, meinen die betroffenen Pflegekräfte vor Ort. Der Kampf um politische und tarifvertragliche Regelungen gegen den Pflegenotstand geht weiter.



MEHR LOHN FÜR SERVICEMITARBEITER DER CFM

Die bei der Charité-Tochter Charité Facility Management (CFM) beschäftigten etwa 1.600 Servicemitarbeiter erhalten endlich mehr Lohn, aber immer noch weniger als nach dem Tarifvertrag der Charité. Ihr Grundlohn soll rückwirkend zum Dezember 2017 um zwei Euro auf elf Euro pro Stunde erhöht werden. Das ist das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft ver.di und der CFM nach mehreren Streiks. Der Tarifvertrag läuft bis Mitte des Jahres 2019. Wäre es nach den Verantwortlichen der CFM gegangen, hätte es eine Festschreibung der elf Euro Stundenlohn bis Ende 2020 gegeben. Doch die CFM und ihre Mitarbeiter sollen nach jahrelanger Diskussion zum Januar 2019 wieder in die Charité eingegliedert werden - nachdem sie im Jahre 2006 in die von Dussmann, Vamed und der Charité gehaltene Tochtergesellschaft CFM überführt wurden. Wie üblich bei Outsourcing wurde das auch im Falle der CFM damals dazu genutzt, die Mitarbeiter schlechter zu bezahlen als bei der Charité selbst. Eine längere Laufzeit des Tarifvertrages hätte diesen Zustand festgeschrieben. Damit wäre ein wesentlicher Vorteil einer erfolgten Wiedereingliederung der CFM nichtig gewesen. Aber auch so gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist noch nicht durchgesetzt.



1. MAI: SOLIDARITÄT, VIELFALT UND GERECHTIGKEIT!

Der DGB und seine Mitglieds-
gewerkschaften betonen in
Mai 2018 ihren Wertekanon:
Sie stehen für Solidarität,
Vielfalt und Gerechtigkeit.
Niemand soll sich um seinen
Arbeitsplatz sorgen. Mehr
Demokratie in Betrieben und
Verwaltungen. Ein gerech-
tes Steuersystem, für besse-
re Infrastruktur, bezahlba-
ren Wohnraum, öffentliche
Dienstleistungen und für
mehr Bildung. Die Grundwer-
te des DGB sind unvereinbar
mit der „Neuen Rechten“:
Solidarität statt gesellschaft-
liche Spaltung und Ausgren-
zung, klare Kante gegen Ras-
sismus und extreme Rechte.

**Ab 9 Uhr Treffen Spandauer
Straße**, Nähe S-Bhf. Hacke-
scher Markt, **10 Uhr Start der
Demos Hackescher Markt**,
Demonstrationszug zum
Brandenburger Tor, **12 Uhr
Kundgebung Platz des 18.
März**, anschließend Maifest
am Brandenburger Tor. Red-
ner u.a. Christian Hoßbach,
DGB-Vorsitzender Berlin, Ire-
ne Schulz, IGM



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dgp-berlin.info

Web: www.dgp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Pflege statt Panzer

➤ **Über 30.000 Menschen haben mittlerweile den Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ unterschrieben. Damit protestieren sie gegen Pläne der Bundesregierung, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln. Der Rüstungsetat soll insgesamt um fette 30 Milliarden Euro erhöht werden. Dieses Geld fehlt dann an anderer Stelle, nämlich im zivilen Bereich. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Entweder für Butter oder für Kanonen. Es gibt viele Bereiche, in die dringend investiert werden müsste.**

Der diesjährige Aufruf zum Ostermarsch Rhein-Ruhr machte dies deutlich: „30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.“

Mit Waffen schafft man keinen Frieden und keine Sicherheit. Das Gegenteil ist doch der Fall. Das arme Kuba z.B. hat mit seinen medizinischen Kräften in vielen Ländern solidarische Hilfe geleistet und das reiche Deutschland hat nicht einmal für seine eigenen Bürger genügend

Pflegepersonal. Wie viele Pflegekräfte könnte man für einen eingesparten Panzer einstellen, wieviel an Infrastruktur im Gesundheitswesen schaffen?

Dazu schreibt die Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ in ihrer Zeitung, was von der Bundesregierung nicht vorgesehen ist:

„5 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für bedarfsgerechte Pflege und angemessene Bezahlung. In Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulant sind 1.1 Millionen Menschen beschäftigt, zumeist schlecht bezahlt und völlig überlastet. Aktuell fehlen mindestens 100.000 Pflegekräfte. In einigen Jahren könnten sogar mind. 200.000 zusätzlich gebraucht werden.“

Militär löst keine Probleme.

Weiter heißt es in der Zeitung: „Der Einsatz für eine Politik der internationalen Entspannung ist das Gebot der Stunde! Die Zivilgesellschaft ist gefordert sich friedenspolitisch einzumischen. Die aktuelle politische internationale und nationale Lage zeigt, dass unsere friedenspolitischen Bemühungen um Abrüstung weiterhin erforderlich sind.“

Schluss mit der Aufrüstung. Eine andere Politik muss her. Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen.